

Verantwortungsvolle Friedenspolitik geht nur ohne Militär! Kein Schulterschluss mit der Bundeswehr!

In dem umfangreichen Antragspaket zum heutigen 20. Bundeskongress des DGB gibt es mit U 004 bis U 010 wichtige friedenspolitische Anträge.

Die Antragsberatungskommission hat allerdings keine Mühe gescheut, diese zu verwässern oder ins Gegenteil zu verkehren. Einige Anmerkungen zu diesen Änderungsvorschlägen:

Zu U 004, 005

Eine Zusammenarbeit bleibt offensichtlich angestrebt. Was sonst heißt „vorerst keine engere Zusammenarbeit“? Die Interessenvertretung der SoldatInnen hat ja nichts mit Zusammenarbeit zu tun! Am besten vertritt der DGB die originären Interessen seiner Mitglieder in der Bundeswehr, indem er sich gegen Auslandseinsätze ausspricht!

Zu U 006

Soll zur Anlage von U 001 werden anstatt ihn gleichberechtigt zu ergänzen. Die Kriegsgefahr, die von der Politik der G8 ausgehen kann, kommt in U 001 nicht vor!

Zu U 007

Die Neudefinition der „Sicherheitsinteressen“ (Ressourcenzugang usw.) der Bundesrepublik durch die Verteidigungspolitischen Richtlinien seit 1992 wird nicht abgelehnt, sondern nur beschrieben und damit als gegeben akzeptiert: Die Tatsache, dass "Die Bundeswehr ... sich seit 1990 immer weiter von einer nationalen Verteidigungsarmee zu einer internationalen Interventionstruppe gewandelt (hat)" und dass es "Zur Aufgabe der Bundeswehr ... nunmehr ausdrücklich auch (gehört), freie Handelswege, eine gesicherte Rohstoffversorgung sowie die Erschließung und den Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten zu sichern", was nach Auffassung der Antragstellerin GEW "Mit Friedenssicherung ... nichts zu (hat)", kommt nicht mehr vor, wird ersatzlos gestrichen. Damit das nicht so auffällt, rettet die Antragskommission sich in den Verbindungssatz "Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee bleibt." Dem, so die Hoffnung, kann ja wohl keiner widersprechen. **Wenn das so beschlossen wird, hat der DGB diese „Sicherheitsdoktrin“ = Recht auf Intervention abgenickt!**

Zu U 010

Dass er nach Empfehlung der Antragskommission als erledigt zu betrachten ist, wenn 007 (**geändert?!**) angenommen wird, ist absurd:

Dieser Antrag ist in vielen Punkten weitergehend als 007: Er lehnt den Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee und Auslandseinsätze ab, ebenso Kampfdrohnen sowie Rüstungsexporte und fordert Rüstungskonversion. Er enthält außerdem die Forderung nach einer Kampagne 2014 einschließlich einer friedenspolitischen Veranstaltung unter Einschluss der Friedensbewegung zu Ursachen und Hintergründen der beiden imperialistischen Weltkriege und den Lehren für heute.

Wollt ihr euch das wirklich bieten lassen?

U 010 ist unverändert anzunehmen!

**Von diesem Bundeskongress müssen klare friedenspolitische Signale ausgehen!
In diesem Sinne wünschen wir euch einen erfolgreichen Kongress.**

